



**Rede von Bürgermeister Daniel Töpfer
zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2021
am 17. Dezember 2020**

ACHTUNG: SPERRFRIST

Veröffentlichung in allen Medien – auch in Auszügen
frühestens am 18.12.2020

**Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

in diesem Jahr war vieles anders. Mit dem Corona-Virus ist 2020 etwas in unser aller Leben getreten, das wir uns so niemals hätten vorstellen können und was zum Jahresbeginn noch mehr nach Science-Fiction als nach Realität geklungen hat. Und damit ist auch vieles anders gekommen, als wir es uns vorgestellt haben: Masken, die wir sonst nur von Ärzten und aus dem Krankenhaus kannten, sind inzwischen Alltagsbegleiter geworden. Unser Alltag ist geprägt von besonderer Achtsamkeit, Rücksichtnahme und Distanz.

Natürlich sind das alles Maßnahmen, die zur Bekämpfung des Coronavirus beitragen, denn in dieser Krise kommt es auf uns alle an. Es war ein sehr herausforderndes Jahr, die uns allen viel abverlangt hat. Ich bin jedoch sicher, dass wir miteinander und füreinander gut durch diese bewegten Zeiten kommen werden.

Und unter diesen besonderen Voraussetzungen ist auch der Haushaltsplan für das kommende Jahr entstanden – der zum allerersten Mal seit vielen, vielen Jahren vor Beginn des neuen Haushaltsplanes vom Gemeinderat verabschiedet wird. Darüber freue ich mich sehr und all das ist nur möglich, weil wir in der Kämmerei und im Rechnungswesen der Gemeinde in den vergangenen fünf Jahren richtig „rangeklotzt“ haben und aus dem angestaubten Trabant nun einen potenten Sportwagen gemacht haben. Und so verstehen wir, damit spreche ich ausdrücklich auch für meine Kämmerin Karin Richter, die Verabschiedung des Haushaltsplanes 2021 auch als Auftakt, um diesen guten und rechtzeitigen Modus für die nächsten Jahre als Standard zu etablieren.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem wir im letzten Jahr den ersten doppischen Haushalt verabschiedet haben sind wir inzwischen fit im Umgang mit Produkten und der Liquiditätsbetrachtung und auch die Vergleichbarkeit wird nun von Jahr zu Jahr besser, da die Datengrundlage sich stetig vergrößert. Das Neue Kommunale Haushaltsrecht, kurz NKHR, macht uns aber auch gehörig zu schaffen und gerade bei den Abschreibungen mit einem Umfang von 3,4 Mio. € lesen wir schmerzhaft schwarz auf weiß, über welch großes Infrastrukturvermögen wir in Weissach und Flacht verfügen, denn wir schaffen es nicht im Ansatz, diese Summen aus dem laufenden Betrieb heraus zu erwirtschaften. Auch die flächendeckende Vermögensbewertung wird uns im kommenden Jahr gewaltig beschäftigen, denn hier herrscht noch Nachholbedarf.

Nun aber zu den entscheidenden Zahlen des nächsten Jahres: Wir verabschieden heute für das Haushaltsjahr 2021 ein ordentliches Ergebnis, das mir noch mehr Schweißperlen auf die Stirn treibt als im Vorjahr: Wir rechnen mit einem Defizit am Jahresende i.H.v. **7,617 Mio. €**. Wir schaffen es wie im Jahr 2020 nicht im Ansatz, die laufenden Aufwendungen mit den laufenden Erträgen zu erwirtschaften. Das Fazit ist deshalb glasklar: Die Gemeinde lebt ausschließlich von ihrer Substanz! Das funktioniert aktuell noch, da aus den starken Gewerbesteuerjahren Polster vorhanden sind, doch diese sind endlich.

Ursächlich für das um nochmals fast 2,5 Mio. € höhere negative Ergebnis gegenüber 2020 im Ergebnishaushalt sind die dramatisch zurückgegangenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie die coronabedingten Auswirkungen auf die Konjunktur und der damit verbundene Rückgang der Anteil der Gemeinde an der Einkommenssteuer (- 0,5

Mio. €) und Umsatzsteuer (- 1,1 Mio. €). Dies allein führt im Jahr 2021 zu weniger Erträgen i.H.v. insgesamt knapp 3,7 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Damit bricht ein wesentlicher Finanzierungsanteil für die Kommune ersatzlos weg.

Bekanntlich und seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholt belastet den Haushalt unausweichlich das hohe und teure Infrastrukturvermögen in beiden Teilorten und die in der Vergangenheit sehr hoch gelegten Standards, die die Gemeinde in der Unterhaltung insbesondere ihrer Gebäude immer teurer zu stehen kommen.

Mit der Umstellung auf die Doppik hat die Begrifflichkeit der „intergenerativen Gerechtigkeit“ Einzug in das kommunale Sprachrepertoire gefunden, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Gemeinde für ihre stetige Aufgabenerfüllung Erträge und Aufwendungen zwingend in Einklang bringen muss, um nachfolgende Generationen nicht über Gebühr mit vorangegangenen Entscheidungen zu belasten. Diese Vorgabe werden wir, wie im Jahr 2020, im Jahr 2021 und mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung auch in den kommenden Jahren nicht erfüllen können.

Was können und was müssen wir also tun? Im Rahmen unserer Haushaltsklausurtagung haben Verwaltung und Gemeinderat intensiv verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation diskutiert, doch weder große Einnahmeverbesserungen noch eine Senkung der Ausgaben ist in Sicht, da wir in weiten Bereichen des Haushaltes in den vergangenen Jahren alles für die Haushaltskonsolidierung unternommen haben und nun an die Punkte kommen, an denen es richtig schmerzhaft wird. Es ist meiner persönlichen Einschätzung nach nur noch eine Frage der Zeit, bis wir in ersten Bereichen keine andere Wahl mehr haben werden, da wir die gesetzlichen Vorgaben an die Haushaltsführung nicht mehr einhalten können.

Und so wie ich die Mehrheitsbeschlüsse des Gemeinderates für den Neubau eines Feldweges im Gewann Tränke oder die Erhaltung des Brunnens in der Bergstraße mit aller Kraft und Überzeugung umsetzen werde, so deutlich möchte ich auch machen: Genau mit solchen Projekten geben wir Geld aus, das wir de facto nicht besitzen. Für beide gibt es keine Deckungsvorschläge oder Einsparungen an anderer Stelle, sodass auch diese nur aus dem Sparschwein bezahlt werden können.

Wir müssen die Diskussionen zur Priorisierung originärer kommunaler Aufgaben und Maßnahmen schärfen und bei zusätzlichen Maßnahmen konsequent einen Deckungsvorschlag beschließen. Hier sehe ich unser oberstes Organ der Gemeinde in der Pflicht, seine Steuerungsfunktion und Verantwortung gegenüber der Gemeinde wahrzunehmen, die in den „fetten Jahren“ leider weitgehend abhanden gekommen ist.

Die Handlungsmaximen für das laufende und zukünftige Haushaltsjahre sind auch nach sechs Jahren seit meinem Amtsantritt unverändert, auch wenn mir dabei voll und ganz bewusst ist, dass es viele nicht hören und leider auch einige beharrlich nicht verstehen wollen: Wir müssen uns als Gemeinde dringend auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Eine Reduzierung der Ausgaben ist nur durch unablässige Überprüfung auf deren Notwendigkeit zu erreichen. Auch sollten wir Grundsätze bei der Ausführung unserer Projekte und Bauvorhaben definieren und uns vom bisherigen „Weissacher Standard“ lösen. Ich weiß, dass das alles andere als einfach ist, aber wenn uns die Kehrtwende jetzt nicht gelingt, werden die Einschlüsse nicht nur näher kommen sondern immer tiefer werden und dann schnell an Akzeptanz verlieren.

Deshalb haben wir dem Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsklausurtagung u.a. vorgeschlagen, dem Haushalt flächendeckend über alle Budgets eine Sparrunde zu

verordnen und die Ausgabeansätze, die von der Gemeinde gesteuert werden können, um 10 % zu kürzen – dies wurde von allen Fraktionen unterstützt, wofür ich dankbar bin. Dies werden wir im Alltag und im Gemeindeleben spüren und es bedeutet Einschnitte, die in den vergangenen Jahren gleichermaßen vorhanden waren und erfreulicherweise in weiten Teilen unbemerkt blieben.

Bei den Personalausgaben habe ich seit der umfangreichen Reorganisation der Verwaltung im Jahr 2015 bewiesen, dass entgegen dem Trend im öffentlichen Sektor eine Senkung der Personalkosten möglich ist. Aus den Erfahrungen der Vorjahre heraus und auf Basis des Haushaltsantrags der Fraktion Bündnis 90/Grüne haben wir eine globale Minderaufwendung mit einem Umfang von rund 900.000 € geplant, sodass wir in 2020 bei knapp 8,9 Mio. € Personalausgaben landen. In 2020 lagen die Personalausgaben bei rund 8,7 Mio. €, sodass schnell deutlich wird, dass die Erhöhung rein aus den tariflichen Steigerungen sowie den neuen Stellen für die neue Gruppe im Kindergarten Brunnenstraße resultieren. Gleichzeitig entfällt im Rathaus im Jahr 2021 eine Vollzeitstelle im Bereich Gebäudemanagement und zwei Hausmeister werden im Januar auf den Bauhof wechseln, der künftig für die Pflege der Außenanlagen aller Gebäude der Gemeinde verantwortlich ist, nachdem die letzten Jahre gezeigt haben, dass wir es in der derzeitigen Organisationsform nicht so gut hinbekommen, wie es unsere Nutzer von uns erwarten. Hier bin ich sehr zuversichtlich, dass wir im Jahr 2021 einen flächendeckenden guten Pflegezustand erreichen werden.

Im Bereich der Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung müssen wir auch im Jahr 2021 und den folgenden Jahren mit steigenden Aufwendungen rechnen, um unsere Gebäude energetisch „fit“ und möglichst klimaneutral zu machen. Diese Aufgabe wurde bereits in 2020 angegangen und kann in Zusammenarbeit mit der neu geschaffenen Stelle des

Klimaschutzmanagers intensiviert werden. In 2021 wollen wir in weiten Teilen digitale Thermostate einbauen, wodurch eine Heizkostensparnis von bis zu 25 % möglich wird.

Weiter haben wir für das erste Quartal 2021 vorgeschlagen, eine Vergnügungssteuersatzung zur Einnahmeerhöhung und Eindämmung des Glücksspiels in der Gemeinde einzuführen. Auch das weitere Anheben unserer Gebühren und Nutzungsentgelte sowie im letzten Schritt der Hebesätze halte ich für geboten. Dies setzt jedoch kommunalpolitische Entscheidungen voraus, über die wir diskutieren und am Ende auch entscheiden müssen.

All diese Maßnahmen führen im Ergebnis jedoch nicht dazu, einen ausgeglichenen Gesamtergebnishaushalt zu erzielen. Dies wird nur dann möglich sein, wenn die Gewerbesteuereinnahmen wieder deutlich ansteigen. Für das Jahr 2021 haben wir aus der Erfahrung in 2020 konservativ mit nur 1 Mio. € geplant. Ab 2022 gehen wir wieder von einer leichten Steigerung auf jährlich 1,5 Mio. € aus. In den Jahren 2022 und 2023 wird die Gemeinde voraussichtlich eine Zuweisung nach mangelnder Steuerkraft durch die massiv eingebrochene Gewerbesteuer im Jahr 2020 auf – 3,5 Mio. € erhalten. Dieser Themenkomplex ist aufgrund der Sondersituation in Weissach nach wie vor wie das Lesen in einer Kristallkugel: „Die Planung stimmt mit der tatsächlichen Zahl nicht überein. Das Budget ist vor Inkrafttreten bereits schon veraltet“.

Und damit bin ich – wieder einmal – beim kritischsten Thema der Kommunalfinanzen und der stillen Hoffnung, dass „schon alles gut gehen wird“: Denn diese Hoffnung beruht auf der Grundlage, dass von den bislang erhaltenen Gewerbesteuereinnahmen keine Rückzahlungen mehr erfolgen. Da allerdings alle Jahre seit dem Jahr 2009 noch offen und damit nicht abgeschlossen sind, können uns täglich böse Überraschungen bevorstehen.

Eines der betroffenen Jahre war das Rekordjahr 2010, in dem die Gemeinde über 220 Mio. € Gewerbesteuern eingenommen hat. Auch die Folgejahre bis 2014 waren von hohen Summen geprägt.

Sollte die Gemeinde im hypothetischen Fall auch nur 10 % der eingenommenen Gewerbesteuern zurückzahlen müssen, was zu keinem Zeitpunkt kalkulierbar wäre, führt dies zu dramatischen Folgen, denn zu diesem Zeitpunkt wäre die Gemeinde „pleite“. Die Frage der Haushaltskonsolidierung stellt sich dann nicht mehr, ab diesem Zeitpunkt wären sehr starke Einschränkungen eine unmittelbare Konsequenz. Daher leben wir „auf Pump“ von noch nicht endgültig festgesetzten Gewerbesteuerabrechnungen, die noch bis zu zehn Jahre zurückgerechnet werden können. Die Wahrscheinlichkeit für Rückzahlungen schätzen wir dabei als nicht unwahrscheinlich ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in Krisenzeiten antizyklisch zu agieren ist die Prämisse, mit der wir in das Jahr 2021 starten. Es wäre falsch, aufgrund der Corona-Pandemie alles zu stoppen und in einen Stagnationsmodus zu gehen. Gerade jetzt ist es als öffentliche Hand wichtig, zu investieren und die Gemeinde zukunftssicher aufzustellen.

Ausgabeseitig stehen in den kommenden Jahren wenige neue Projekte und vor allem der Abschluss laufender Projekte an:

- die Erweiterung Kläranlage ist bereits voll im Bau und der 2. Bauabschnitt wird bis 2022 abgeschlossen. Die Baukosten hierfür betragen 6,285 Mio. €
- die Erschließung des Gewerbegebiets „Neuenbühl III“ in Flacht wird mit rund 4,05 Mio. € zu Buche schlagen und im besten Fall bis zum Jahresende abgeschlossen sein

- neue Hochbauprojekte gibt es nach den zahlreichen Bauaktivitäten in den letzten Jahren erstmals nicht, außer die Treppenanlage zwischen Bahnhof- und Eichenstraße, die zumindest „in die Höhe“ führt. Dieses schwierige Bauwerk wird die Gemeinde rund 500.000 € kosten und bis zum Jahresende hergestellt sein
- der 1. Abschnitt der Sanierung der Friedhof- und Brunnenstraße sowie der Bergstraße wird umgesetzt, die Baukosten hierfür betragen in Summe gute 1,7 Mio. €
- die marode Strudelbachverdolung, die nach den Untersuchungsergebnissen vor einigen Jahren (hätte man diese regelmäßig befahren und nicht über 15 Jahre unbetrachtet gelassen) mit erheblich geringerem Aufwand hätte saniert werden können, muss nun aufwendig in Teilen vollständig erneuert und für die restlichen Abschnitte grundhaft saniert werden. Dafür werden im Jahr 2021 rund 1,16 Mio. € benötigt
- kleinere Maßnahmen werden der Neubau der Bushaltestelle an der Bachstraße (215.000 €) und die Verlängerung des Gehwegs in der Porschestraße (125.000 €) sein

Mittelfristige Projekte sind der Ankauf von Grundstücken für die Entwicklung des Neubaugebietes „Am Graben“ in Weissach, für die im Zeitraum bis 2024 rund 17 Mio. € veranschlagt sind. Auch das Großprojekt „Hochwasserschutz Fahrnet“ werden umfangreiche Kanalbauarbeiten und der Neubau von mindestens drei Regenüberlaufbecken erforderlich werden, sodass wir bis 2024 von rund 6 Mio. € Kosten ausgehen. Im ersten Schritt gilt es das im Jahr 2011 erstellte, jedoch seitdem nicht weiter bearbeitete, Konzept zu überprüfen und ein geeignetes Ingenieurbüro für dieses Spezialthema zu finden. Hand in Hand geht dies mit dem Starkregenrisikomanagement, das im Jahr 2021 abgeschlossen wird und der Gemeinde gute Grundlage für die Einschätzung von Starkregenereignissen und daraus abzuleitenden Maßnahmen sein wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir haben in den letzten Jahren gute Arbeit für unsere Gemeinde geleistet. Wir haben Defizite definiert und sind sie konsequent angegangen. Vieles ist bereits auf den Weg gebracht worden: Zahlreiche Satzungen wurden überarbeitet, Gebühren und Entgelte angemessen angehoben, freiwillige Leistungen verringert oder eingestellt.

Viele Aufgaben liegen weiterhin vor uns. Die Anstrengungen und Erfolge sind nicht sofort in allen Bereichen sichtbar, stellen sich aber nachweislich sukzessive ein. Um Verständnis möchte ich weiterhin bitten, sollten einzelne Projekte unfreiwillig aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie verschoben werden müssen. Die kommenden Tage bis zum Jahreswechsel werden uns stark fordern und auch der Jahresbeginn wird für die Kontaktnachverfolgung eine große Herausforderung darstellen.

Den mit dem gesamten Gemeinderat eingeschlagenen Weg und das hohe Maß an Transparenz in unserem Handeln und mit unseren Entscheidungen werde ich auch in diesem Jahr kraftvoll weitergehen. Ein großer und herzlicher Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großem Engagement alles dafür zu tun, das „Schiff“ Gemeindeverwaltung auf Kurs zu halten.

So bleibt es auch im Jahr 2021 Kernaufgabe der Verwaltung und des Gemeinderates, für die kommenden Haushaltsjahre und die uns nachfolgenden Generationen die stete Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Lassen Sie uns deshalb im neuen Jahr mutig die Ärmel hochkrempeln und mit frischer Energie ans Werk gehen.

Herzlichen Dank!